

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB zur
Umweltpolitik der CDU nach
deren Bremer Parteitag: Aus-
ser Ankündigungen nichts ge-
wesen. Seite 1

Karsten D. Voigt MdB zur
Rede von US-Präsident Bush
vor den Vereinten Nationen:
Ein Zeichen der Hoffnung.
Seite 3

Herbert Bermeitinger zum
Beitrag von Rheinland-Pfalz
beim Wiederaufbau des rus-
sisch-orthodoxen Klosters
Wolokolamsk: Eine unge-
wöhnliche und schwierige
Aufgabe. Seite 4

Florian Gerster MdB zu einer
Anregung des Bundespräsi-
denten: Wehrdienst ist
Kriegsverhinderungsdienst.
Seite 6

44. Jahrgang / 185

26. September 1989

Außer Ankündigungen nichts gewesen

Zur Umweltpolitik der CDU nach deren Bremer Parteitag

Von Harald B. Schäfer MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Rechtsruck in der CDU ist nach dem Bremer Parteitag auch
in der Umweltpolitik spürbar.

Der Antragsentwurf zur Umweltpolitik und die Rede Töpfers wa-
ren noch von dem Bestreben der „Geißler-CDU“ gekennzeichnet,
zumindest verbal das Thema „Umwelt“ für die CDU zu besetzen.
Durch teilweise Übernahme der SPD-Programmatik - wenn auch
eingehüllt in wert-konservative Semantik und ohne konkrete In-
halte - sollte der Partei ein positives Umweltimage verpaßt wer-
den. Die Geißler/Töpfer-Strategie verlief dabei immer nach dem
gleichen Muster:

1. Überschriften der SPD und Ziele verbal übernehmen und
gleichzeitig die konkreten SPD-Vorschläge als „nicht machbar“
oder „nicht genügend durchdacht“ diffamieren.
2. Eigene Vorschläge ankündigen und sie auf die längste Bank
Deutschlands schieben - die Regierungsbank.
3. Die Ankündigungen öffentlich vehement vertreten und bei
Fragen nach konkreten Kabinettsbeschlüssen oder Gesetzes-
entwürfen darauf verweisen, daß die Materie äußerst kompli-
ziert sei und „gut Ding Weile haben will“.
4. Das Thema allmählich in Vergessenheit geraten lassen und mit
neuem Thema bei 1. wieder beginnen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundliche
Druckverfahren
Recycling-Papier



Die rechtskonservative Mehrheit des Parteitags hat selbst aus den Ankündigungen zum Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz Kleinholz gemacht. Weder bei der Naturschutzabgabe, noch bei der CO₂-Abgabe ist der Parteitag Töpfer gefolgt. Die CDU hat sich damit aus der seriösen umweltpolitischen Diskussion verabschiedet. Ich fürchte, daß die CDU den Wahlkampf mit dem Slogan bestreiten wird: Bereichert Euch - nach uns die Sintflut (buchstäblich).

Aber Klaus Töpfer gibt nicht auf. Für ihn war der Parteitag offenbar nur ein böser Traum. Wacker zieht er durch die Lande und kündigt weiterhin die CO₂-Abgabe an, freilich wie immer ohne konkrete Einzelheiten zur Bemessungsgrundlage, zu den erfaßten Emittenten, zum Abgabebefehl und seiner Verwendung et cetera. Dabei stört ihn auch nicht die klare Absage der CSU, formuliert von CSU-Chef Waigel in seiner Haushaltsrede. Trotzig wie der Umweltminister nun einmal sein kann, bekennt er sich jetzt auch wieder zur Geschwindigkeitsbegrenzung, die ihm schon der CDU-Vorstand aus dem Leitetrags-Entwurf gestrichen hatte. Ob er wohl in den nächsten Wochen wieder einmal das „Veto-Recht“ für den Umweltminister oder sogar den Raucher-Pfennig fordern wird?

II.

Wenn Töpfer eine CO₂-Steuer will, wie sie in einem Papier des Wirtschaftsministers vorgeschlagen wird, müßte diese alle Emittenten, zum Beispiel auch Autofahrer und Betreiber von Öl- und Gasheizungen erfassen. Eine solche CO₂-Steuer würde sich damit kaum von einer allgemeinen Energiesteuer auf alle fossilen Energieträger unterscheiden. Auch das ökologische Lenkungsziel wäre gleich: CO₂ läßt sich nur durch eine Reduzierung des Energieverbrauchs vermindern. Als Abgabe, die nur Groß-Emittenten wie Industrieanlagen und Kraftwerke erfaßt, würde eine CO₂-Abgabe überhaupt keinen Sinn machen. Denn rund 49 Prozent der CO₂-Emissionen stammen aus dem Verbrauch von Mineralöl und damit weitgehend von Klein-Emittenten. Die Kombination von Energiesteuer auf Ölprodukte und Gas mit einer allgemeinen Luftschadstoffabgabe, die nicht nur CO₂ erfaßt, sondern auch die übrigen Luftschadstoffe ist ökologisch wirksamer und konzeptionell durchdachter.

Auch die von Töpfer angekündigte Bemessung der Kfz-Steuer nach Schadstoffemissionen ist wenig durchdacht. Sie wäre für jemanden, der 10.000 km im Jahr fährt genau so hoch, wie für jemanden, der 30.000 km fährt, obwohl dieser die dreifache Schadstoffmenge emittieren würde. Die von uns vorgesehene Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer ist gerechter und erfaßt die tatsächlichen Emissionen besser.

(-/26.9.1989/rs/ks)

* * *

Ein Zeichen der Hoffnung

Zur Rede von US-Präsident Bush vor den Vereinten Nationen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die Rede Präsident Bushs vor den Vereinten Nationen ist ein Zeichen der Hoffnung dafür, daß jetzt auch die USA mit einer neuen konstruktiven Politik auf das neue außenpolitische Denken der Sowjetunion antworten. Bushs Initiative führt zu einer Beschleunigung der Abrüstung chemischer Waffen, sie regt zur blockübergreifenden Zusammenarbeit an und enthält eine positive Neubewertung der Rolle der Vereinten Nationen.

Mit diesem konstruktiven Ansatz unterscheidet sich die Bush-Administration in begrüßenswerter Weise von der früheren Reagan-Administration. Auf der Grundlage dieser um Interessenausgleich und Zusammenarbeit bemühten Rede werden neue entspannungs- und abrüstungspolitische Vorschläge des Westens insgesamt denkbar und sinnvoll.

Der Vorschlag Bushs ist insbesondere insofern zu begrüßen, als damit eine baldige und weitreichende Vernichtung amerikanischer und sowjetischer CW-Bestände in Aussicht gestellt wird.

Hinsichtlich des multilateralen Abrüstungsprozesses bei chemischen Waffen hat der US-Vorschlag allerdings neben positiven auch negative Aspekte. Positiv ist zu bewerten, daß Bush das amerikanische Interesse an einer baldigen multilateralen Ächtung chemischer Waffen bekundet. Dem Ziel eines baldigen Abkommens über die vollständige weltweite Vernichtung und das Verbot künftiger Herstellung von chemischen Waffen könnte das US-Bestehen auf einer gewissen Sicherheitsreserve an chemischen Waffen, solange andere potentielle Herstellerländer ein Abkommen über ein Verbot chemischer Waffen noch nicht unterzeichnet haben, abträglich sein.

Der Aufruf Präsident Bushs zur weltweiten Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Schuldenkrise der Dritten Welt, bei der Lösung von Umweltproblemen und beim Kampf gegen Rauschgift-handel und Terrorismus sollte durch alle im Bundestag vertretenen Parteien unterstützt werden.

(-/26.9.1989/rs/ks)

* * *

Eine ungewöhnliche und schwierige Aufgabe

Zum Beitrag von Rheinland-Pfalz beim Wiederaufbau des russisch-orthodoxen Klosters Wolokolamsk

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der Landtagsfraktion und des Landesverbandes der rheinland-pfälzischen SPD

Über 22 Millionen DM sollen bis 1995 aus Rheinland-Pfalz in bar, in Dienstleistungen und Sachlieferungen über ein Joint-Venture-Unternehmen der Mainzer Kulturstiftung „Villa Musica“ und des Verlagshauses der russisch-orthodoxen Kirche in den Wiederaufbau des traditionsreichen Josif-Wolozki-Klosters in Wolokolamsk fließen.

Das Joint-Venture-Unternehmen unter der Bezeichnung „Versöhnung“ ist der erste Gemeinschaftsbetrieb in der Sowjetunion, der nicht auf wirtschaftlichen Erfolg, sondern auf Gemeinnützigkeit ausgerichtet ist.

Ziel ist nicht nur der Wiederaufbau der aus dem 15. Jahrhundert stammenden Klosteranlage, sondern auch die Schaffung einer internationalen Begegnungsstätte, insbesondere auch für einen Jugendaustausch, ohne Rücksicht auf Partei- und Konfessionsgrenzen. Und weitere russische und rheinland-pfälzische Investitionen gelten der bislang nicht vorhandenen Infrastruktur - vom Straßenbau bis zum Tagungshotel und der Landwirtschaft.

Die gewaltigen finanziellen Anstrengungen des Landes Rheinland-Pfalz werden den Bildungshaushalt Jahr für Jahr mit Millionenbeträgen belasten. Die Initiatoren können dies noch nicht genau beziffern, weil sie auch mit den Erlösen aus großen Konzerttourneen rechnen, aber auch mit nennenswerten Spenden der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Die russisch-orthodoxe Kirche wird - wie Rheinland-Pfalz - ebenfalls mit über 22 Millionen DM an dem Projekt beteiligt sein, auf Rubelbasis natürlich.

Der in Wolokolamsk unterzeichnete Vertrag trägt unter anderem die Unterschrift von Ministerpräsident Dr. Wagner und eines hochrangigen Vertreters des Moskauer Religionsministeriums, der Vorsitzenden von CDU, FDP und SPD, des Metropoliten Pitirim und des Stiftungsvorsitzenden

von „Villa Musica“, Ernst Maurer. Dies dürfte sicherstellen, daß das große Projekt, von dem nicht wenige Beobachter meinen, es könne die Möglichkeiten von Rheinland-Pfalz überfordern, auf einer breiten Grundlage basiert. Auf Seiten der Mainzer Delegation waren auch Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche beteiligt, die sich auch im kirchlichen Bereich für Verständnis und für eine aktive Beteiligung am Versöhnungswerk einsetzen sollen.

Aber weil ein Versöhnungswerk mit Zukunft nicht nur im Dienste des politischen Miteinanders stehen darf, wird die deutsche Seite auch auf „Perestroika“ und „Glasnost“ beim Partner russisch-orthodoxe Kirche zu achten haben. Da die russischen Kirchenführer in Moskau mit Staat und Staatspartei, insbesondere mit Michail Gorbatschow gut zusammenarbeiten und durch ihn die „Entstaatlichung“ des Klosters von Wolokolamsk erreichten, sollte es auch möglich werden, für alle Religionsgemeinschaften in der UdSSR Pluralität zu erreichen - und sie am Versöhnungswerk zu beteiligen, insbesondere in der Begegnungsstätte.

Der bei der Vertragsunterzeichnung in Wolokolamsk vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Dieter Muscheid unterbreitete Vorschlag, eine besondere Kommission - „staatsfern“ zusammengesetzt - über die Arbeit des Versöhnungswerks wachen zu lassen, hat ein positives Echo gefunden - zunächst auf deutscher Seite. Das könnte positiv zur Folge haben, daß auch die Partner in Moskau sich zu Hause zu einer Öffnung und einer eigenen kritischen Begleitung entschließen. So wäre sinnvoll und wirksam zu sichern, daß die ungewöhnliche Kräfteanstrengung der Rheinland-Pfälzer und der Orthodoxen Kirche ein Beitrag zur Versöhnung nach außen und innen wird.

Obrigens: Auch der Bund, besser gesagt, das Bundesministerium der Verteidigung, hat einen ersten Beitrag aus Rheinland-Pfalz geleistet: Die Flugbereitschaft der Bundeswehr flog die Mitglieder der Delegation aus Rheinland-Pfalz von Köln/Bonn nach Moskau und zurück.

(-/26.9.1989/rs/ks)

* * *

Wehrdienst ist Kriegsverhinderungsdienst

Zu einer Anregung des Bundespräsidenten

Von Florian Gerster MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

In seiner Rede über „40 Jahre Grundgesetz“ setzte Bundespräsident Richard von Weizsäcker Akzente:

„... es wäre klarer, wenn im Grundgesetz vom Recht zur Verweigerung nicht des Kriegsdienstes, sondern des Wehrdienstes die Rede wäre. Er ist kein Kriegsdienst, sondern ein Kriegsverhinderungsdienst“.

Eine Anregung an den Bundesgesetzgeber? Ich meine, die Fraktionen des Deutschen Bundestages sollten dieses Signal ernst nehmen. Vieles spricht für eine Änderung des Grundgesetzes.

Diese Neuformulierung - Wehrdienst statt Kriegsdienst in den Artikel 4 und 12 a unserer Verfassung - wäre mehr als eine redaktionelle Änderung. Sie würde unzweifelhaft zum Ausdruck bringen, daß für den Soldaten der Bundeswehr der Frieden und nicht der Krieg der „Ernstfall“ ist. Wenn es zum Krieg käme, hätte die westliche Konzeption der Friedenssicherung versagt.

Diese Neufassung kann in der gegenwärtigen Akzeptanzkrise des Wehrdienstes unnötige Verunsicherungen junger Menschen vermeiden helfen: Wer der vom Grundgesetz vorgesehenen Dienstpflicht in der Bundeswehr nachkommt, will nicht Kriegsdienst leisten, sondern mit seinem Dienst einem Krieg wehren.

Der Gesetzgeber sollte - bei vollem Respekt vor dem unantastbaren Recht zur Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen - jeden Makel von dem Dienst in den Streitkräften unseres demokratischen Rechtsstaates nehmen.

(-/26.9.1989/rs/fr)

* * *